

APPELL AN DIE REGIERUNG VON PAKISTAN

Beendigung der Gewalt gegen Frauen

In Pakistan werden unzählige Frauen Opfer von Gewalt, sei es im häuslichen und gesellschaftlichen Umfeld oder in Haft. Trotz Absichtserklärungen von Seiten der Regierung wurden bisher keine konkreten Massnahmen getroffen, um der Gewalt gegen Frauen ein Ende zu setzen.

Die Gewalt im privaten Bereich – Schläge, Säureattacken, Verbrennungen und Totschlag – ist in Pakistan weit verbreitet. Die Gewaltakte werden durch die simple Idee begründet, dass Frauen Eigentum der Männer sind. Morde im Namen der Ehre werden von Ehemännern, Vätern oder Brüdern verübt, welche der Meinung sind, dass ihre Ehefrau, Tochter oder Schwester die Verhaltensnormen der Gesellschaft nicht eingehalten hat. Zahlreiche Frauen werden getötet, weil sie es gewagt haben, ihren Ehemann selber zu wählen oder einen gewalttätigen Ehemann zu verlassen. Es ist schwierig einzuschätzen, wie viele Frauen der Ehre wegen ermordet werden, da zahlreiche Fälle nicht gemeldet werden. Medien und Menschenrechtsorganisationen sprechen jedoch von drei Ehrenmorden täglich.

Entsprechend internationalen Standards zum Schutz der Menschenrechte und insbesondere gemäss dem Uno-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ist die pakistanische Regierung dafür verantwortlich, Frauen vor Gewalt zu schützen, selbst wenn Gewalt von privaten Personen innerhalb der Familie verübt wird. Die pakistanische Regierung muss ihrer Verpflichtung nachkommen und die grundlegenden Rechte der Frauen schützen. Sie muss konkrete Massnahmen ergreifen, damit Untersuchungen durchgeführt, Täter gerichtlich verfolgt und diskriminierende Gesetze abgeschafft werden.

Die unterzeichnenden Menschen- und Frauenrechtsorganisationen sind sehr besorgt über die Lage der Frauen in Pakistan und fordern die Regierung von Pakistan auf:

- Alle Gewaltakte gegen Frauen uneingeschränkt und öffentlich zu verurteilen.
- Gewalt gegen Frauen gesetzlich zu verbieten und sicherzustellen, dass alle Strafanzeigen im Bereich der Gewalt gegen Frauen aufgenommen und verfolgt werden.
- Die Straffreiheit für Täter, welche Verbrechen an Frauen begehen, zu beenden.
- Frauendiskriminierende Gesetze aufzuheben, im Besonderen die *zina*, *qisas* und *diyat laws*.
- Eine breite Aufklärungskampagne zu veranlassen und insbesondere Frauen über ihre gesetzlichen Rechte aufzuklären.
- Genügend Schutzeinrichtungen für Frauen, welche Opfer von Gewalt wurden, einzurichten und sicherzustellen, dass deren Sicherheit gewährleistet ist.

Name der unterzeichnenden Organisation:

- *Amnesty International, Schweizer Sektion*
- *ACAT Schweiz*
- *Frauenhaus Luzern*
- *Centre de liaison des ass. Féminines vaudoises*
- *Solidarité Femmes Fribourg*
- *Viol –Secours Genève*
- *Halt-Gewalt; Basler Interventionsprojekt*
- *FIZ-Fraueninformationszentrum Zürich*
- *NOSOTRAS-WIR FRAUEN*
- *Katholischer Frauenbund Zürich*
- *Solidarité-Femmes Bienne*
- *HOLLA Bildungsarbeit für Frauen+Mädchen*
- *Espace femmes international*
- *Terre des femmes Schweiz*
- *Solidarité-Femmes La Chaux-de-Fonds*
- *Oekumenische Frauenbewegung Zürich*
- *Solidarité Femmes Genève*